

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2023

**DER DELEGATION BEI DER
PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE
(ORGANISATION FÜR SICHERHEIT UND
ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA)**

INHALTSVERZEICHNIS

I.	Einleitung.....	3
1.	Zusammensetzung der Delegation.....	3
2.	Allgemeines zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa	3
II.	Wintertagung vom 23. bis 24. Februar 2023 in Wien	4
1.	Eröffnungssitzung und Plenardebatte.....	4
2.	Der Ständige Ausschuss.....	5
3.	Die drei Allgemeinen Ausschüsse	6
4.	Treffen des Netzwerks der jungen Parlamentarier der Versammlung der OSZE.....	7
III.	Jahrestagung vom 30. Juni bis zum 4. Juli 2023 in Vancouver	9
1.	Eröffnungssitzung	9
2.	Der Ständige Ausschuss.....	9
3.	Die drei Allgemeinen Ausschüsse	10
4.	Plenarversammlung.....	11
5.	Treffen des Netzwerks der jungen Parlamentarier der Versammlung der OSZE.....	12
6.	Erklärung von Vancouver.....	12
7.	Bilaterale Gespräche.....	13
8.	Wahlen.....	13
IV.	Herbsttagung vom 18. bis 20. November 2023 in Jerewan	14
1.	Eröffnungssitzung und Parlamentarische Konferenz	14
2.	Der Ständige Ausschuss.....	14
V.	Wahlbeobachtung der vorgezogenen Parlamentswahlen am 17. Dezember 2023 in Serbien	15
VI.	Zusammenarbeit	15
VII.	Kostenaufwand der Delegation.....	15
VIII.	Weitere Informationsquellen.....	16
IX.	Schlusswort und Antrag	16

I. Einleitung

Die Delegation vertritt den Landtag bei der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE PV). In dieser Funktion nimmt sie an verschiedenen Tagungen und Aktivitäten teil, die ihm Rahmen der OSZE PV durchgeführt werden. Gemäss Artikel 61 Absatz 7 der Geschäftsordnung für den Landtag vom 19. Dezember 2012 über die Ständigen Delegationen unterbreitet die Delegation dem Hohen Landtag ihren Jahresbericht 2023.

1. Zusammensetzung der Delegation

Im Anschluss an die im Februar 2021 durchgeführten Landtagswahlen wurde die liechtensteinische Delegation für die Parlamentarische Versammlung der OSZE anlässlich der Eröffnungssitzung des Landtags am 24. März 2021 gewählt. Die Delegation setzte sich im Berichtsjahr aus folgenden Mitgliedern zusammen:

- Abg. Norma Heidegger, Delegationsleiterin
- Abg. Sebastian Gassner, ordentliches Mitglied
- Stv. Abg. Elke Kindle, stellvertretendes Mitglied
- Abg. Günter Vogt, stellvertretendes Mitglied
- Sandra Gerber-Leuenberger, Delegationssekretärin

2. Allgemeines zur Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

Die OSZE ist ein Instrument für Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge. Sie wurde 1975 als Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) gegründet. Liechtenstein gehörte zu den Gründungsmitgliedern. Ihr gehören 57 Staaten aus Europa, Asien und Nordamerika an.

Die Parlamentarische Versammlung wurde in Übereinstimmung mit der Charta von Paris aus dem Jahre 1990 gegründet. Sie vereint 323 Parlamentarier von Vancouver bis Wladiwostok. Die Hauptaufgabe ist die parlamentarische Seite innerhalb der OSZE zu stärken sowie den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen den Abgeordneten zu erleichtern. Sie spielt eine führende Rolle bei Wahlbeobachtungen und stärkt die internationale Zusammenarbeit zur Umsetzung gemeinsamer Selbstverpflichtungen in den Bereichen Sicherheit und Politik, Wirtschaft und Umwelt sowie Demokratie und Menschenrechte. Zu den Entscheidungsgremien der Parlamentarischen Versammlung der OSZE gehören das Präsidium der Versammlung sowie der Ständige Ausschuss welcher sich aus der Präsidentin, den Vizepräsidenten, dem Schatzmeister, den Amtsträgern der Allgemeinen Ausschüsse sowie den Leitungen der nationalen Delegationen zusammensetzt. Liechtenstein ist in der Parlamentarischen Versammlung mit zwei Mitgliedern sowie zwei Stellvertretern vertreten. In jedem der drei Allgemeinen Ausschüsse besitzt Liechtenstein ein Stimmrecht.

II. Wintertagung vom 23. bis 24. Februar 2023 in Wien

Die Wintertagung in Wien ist nach der Jahresversammlung das zweitgrösste Treffen der OSZE PV. Sie dient hauptsächlich dem Austausch mit den Vertretern der OSZE, die ihren Sitz in Wien haben. Die Tagung beinhaltet in der Regel ein Treffen des Ständigen Ausschusses, Plenarsitzungen und Sitzungen der drei ordentlichen Ausschüsse.

Liechtenstein wurde an der Tagung durch die Abgeordnete Norma Heidegger als Delegationsleiterin, den Abgeordneten Sebastian Gassner sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Insgesamt waren knapp 250 Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus 52 OSZE-Mitgliedstaaten anwesend.

Erstmals seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine vor genau einem Jahr waren wieder eine russische wie auch eine belarussische Delegation an den Sitzungen in Wien vertreten. Die Anwesenheit der russischen und belarussischen Parlamentarier sorgte für heftige Diskussionen und viel Kritik. Während der Wortmeldungen der russischen und der belarussischen Delegationsmitglieder verliessen viele Delegierte demonstrativ den Sitzungssaal. Aufgrund eines Amtssitzabkommens zwischen Österreich und der OSZE war Österreich verpflichtet, die Einreise von Delegationen aller Teilnehmerstaaten an OSZE-Treffen zu ermöglichen. Aufgrund der Teilnahme der russischen Delegation blieben die ukrainische und die litauische Parlamentarierdelegation den Sitzungen fern.

1. Eröffnungssitzung und Plenardebatte

Zu Beginn der 22. Wintertagung wurde eine Schweigeminute für die Opfer des Krieges in der Ukraine und für die Menschen, die bei den verheerenden Erdbeben in der Türkei und in Syrien in diesem Monat ums Leben gekommen waren, eingelegt.

Anschliessend wurde die Tagung mit Reden von Wolfgang Sobotka, österreichischer Nationalratspräsident, Margareta Cederfelt, Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Bujar Osmani, Aussenminister Nordmazedoniens und derzeitiger Vorsitzender der OSZE, sowie Botschafter Luca Fratini in Stellvertretung von Helga Maria Schmid, Generalsekretärin der OSZE, eröffnet.

Die Redner waren sich einig, dass der Krieg Russlands gegen die Ukraine die europäische Sicherheit erschüttert habe und es nun erforderlich sei, dass Parlamente, Regierungen und die OSZE zusammenarbeiten, um eine gemeinsame Antwort zu entwickeln. Oberste Priorität müsse es sein, Gerechtigkeit und Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und das Verbrechen der Aggression zu gewährleisten.

Plenardebatte zum Thema Ukraine

An der Plenarsitzung diskutierten die Parlamentarier zum Thema «Ein Jahr danach: Russlands anhaltender Krieg gegen die Ukraine». Verschiedene Sonderbeauftragte der Versammlung, die Mandate im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine innehaben, stellten zuerst ihre Erkenntnisse vor.

Die Sonderbeauftragte für Osteuropa, Daniela De Ridder (Deutschland), unterstrich, dass sichergestellt werden müsse, dass ein Land einem anderen nicht einfach ein Gebiet wegnehmen könne. Sie betonte die Notwendigkeit eines Dialogs in der Parlamentarischen Versammlung, um die Prinzipien der Schlussakte von Helsinki zu wahren, die sowohl die Menschenrechte als auch die territoriale Integrität schütze.

Der Sonderbeauftragte der Versammlung für den parlamentarischen Dialog über die Ukraine, Reinhold Lopatka (Österreich), machte Ausführungen über die Bemühungen um

die Entwicklung von Kontakten mit Gesprächspartnern zur Beilegung des Kriegs. Er erklärte man müsse weiterhin jede Gelegenheit nutzen, um zu einer friedlichen Lösung unter voller Achtung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen beizutragen.

John Whittingdale (Vereinigtes Königreich), Sonderberichterstatter der Versammlung für Kriegsverbrechen in der Ukraine, berichtete über seine jüngsten Aktivitäten, darunter Treffen mit Vertretern des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag und mit Richtern in der Ukraine. Er führte aus, dass die ukrainische Regierung zehntausende von Kriegsverbrechen auf ihrem Territorium registriert habe. Die Zivilbevölkerung sei zur Zielscheibe geworden und es habe hunderte Angriffe auf Journalisten gegeben. Er rief zu rechtlichen Massnahmen gegen Russland auf, um das Völkerrecht zu wahren und die auf internationalen Regeln basierende Ordnung zu verteidigen.

In der anschliessenden Debatte ergriffen über 60 Abgeordnete das Wort. Dabei brachten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier ihre überwältigende Solidarität mit der Ukraine zum Ausdruck und verurteilten den Krieg der Russischen Föderation scharf. Viele Delegierte verwiesen auf die Abstimmung in der UN-Generalversammlung vom heutigen Donnerstag (23. Februar 2023) an der 141 Länder für den Abzug der russischen Streitkräfte aus der Ukraine gestimmt hatten. Viele Redner sprachen sich für eine verstärkte finanzielle und militärische Unterstützung der Ukraine aus, betonten aber auch, wie wichtig es sei, die Rückverfolgung von Waffen zu verbessern, um zu verhindern, dass diese in die falschen Hände fallen.

Die liechtensteinische Delegationsleiterin Norma Heidegger verurteilte in ihrer Wortmeldung den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine erneut aufs Schärfste und forderte nachdrücklich die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und den Schutz der Zivilbevölkerung. Dieser Krieg Russlands gegen die Ukraine sei durch nichts zu rechtfertigen. Weiter sprach sie sich für die Einrichtung eines Sondertribunals zum Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine aus. Es müsse sichergestellt werden, dass die schwersten Verbrechen nach internationalem Recht zur Rechenschaft gezogen werden. Weiter müsse sich jeder für den Erhalt, die Umsetzung und die Stärkung unserer Prinzipien einsetzen. Dazu würden insbesondere das Festhalten und der Ausbau der kooperativen Sicherheit zählen. Dabei solle man der OSZE eine führende Rolle zukommen lassen. Mit ihrer breiten Mitgliedschaft und ihrem auf dem Helsinki-Dekalog fussenden, umfassenden Sicherheitsbegriff bleibe sie eine einzigartige und inklusive Plattform für europäische Sicherheitsfragen. Abschliessend bekräftigte sie Liechtensteins unerschütterliche Solidarität mit der Ukraine, die Unterstützung für ihre Unabhängigkeit, für ihre Souveränität und für ihre territoriale Integrität.

Das Präsidium verabschiedete mit überwältigender Unterstützung der Versammlung eine Resolution mit dem Titel «Massnahmen zum einjährigen Jahrestag des Kriegs Russlands gegen die Ukraine und die internationale Rechtsordnung». Darin verpflichteten sich die Mitglieder der Versammlung, ihre Stimme und ihren Einfluss als Mitglieder ihrer nationalen Parlamente zu nutzen, um ihre Regierungen aufzufordern, die völlig gerechtfertigte Verteidigung der Ukraine gegen die illegale und ungerechtfertigte Aggression Russlands sowie die Bemühungen der Ukraine in der Wiederherstellung ihrer Souveränität und ihrer territorialen Integrität in ihren national anerkannten Grenzen von 1991 zu unterstützen.

2. Der Ständige Ausschuss

Der Ständige Ausschuss der Versammlung besteht aus der Präsidentin der Versammlung, den Vizepräsidenten, dem Schatzmeister, den Amtsträgern der Allgemeinen Ausschüsse

sowie den Leitern der nationalen Delegationen. Liechtenstein wurde an der Sitzung durch die Delegationsleiterin Norma Heidegger vertreten.

Dabei wurden die Berichte der Präsidentin, des Generalsekretärs, der Vorsitzenden der Ad-hoc-Ausschüsse für Migration und Terrorismusbekämpfung, verschiedener Sonderbeauftragter sowie über die Wahlbeobachtungsmission in den Vereinigten Staaten im November 2022 zur Kenntnis genommen.

Als besonderer Gast der Präsidentin sprach die im Exil lebende belarussische Oppositionsführerin Swjatlana Zichanouskaja vor dem Ständigen Ausschuss. Dabei wies sie auf die Demokratiebewegung in Belarus hin und bat die OSZE um Unterstützung, damit Belarus weiterhin ganz oben auf der Tagesordnung der Versammlung stehe, sich für die Menschenrechte einsetze und die Freilassung der politischen Gefangenen fordere.

3. Die drei Allgemeinen Ausschüsse

Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

Der politische Ausschuss führte eine Sonderdebatte zum Thema «Ein Jahr nach Russlands Krieg gegen die Ukraine: Verständnis der Rolle, der Funktionsweise und der Beiträge der OSZE». Dabei unterstrichen die Redner, dass die Schlussakte von Helsinki nicht verhandelbar oder interpretierbar sei und dass der Krieg einen beispiellosen Angriff auf die Werte und Prinzipien der OSZE darstelle. Ebenfalls sei es wichtiger denn je, die Fähigkeit der Organisation zur Bewältigung dieser Herausforderung zu stärken.

Darüber hinaus sprachen Kairat Abdrakhmanov, Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, Botschafter Stelian Stoian, Vorsitzender des Sicherheitsausschusses des Ständigen Rates der OSZE und Ständiger Vertreter Rumäniens bei der OSZE, Botschafter Siniša Bencun, Vorsitzender des Sicherheitsforums für Zusammenarbeit und Ständiger Vertreter von Bosnien und Herzegowina bei der OSZE, sowie Botschafterin Tuula Yrjölä, Direktorin des OSZE-Konfliktverhütungszentrums. Sie berichteten über die Rolle, die Funktionsweise und die Beiträge der OSZE ein Jahr nach Russlands Krieg gegen die Ukraine

Die Abgeordnete Norma Heidegger nahm an der Sitzung des ersten Ausschusses teil.

Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Im Wirtschaftsausschuss stellte die Berichterstatteerin Gudrun Kugler (Österreich) ihren Entwurf für ihren Bericht und die Resolution anlässlich der kommenden Jahrestagung vor. Eine Sonderdebatte wurde zum Thema «Erschwingliche, sichere, saubere und nachhaltige Energie in der OSZE-Region: Aussichten und Herausforderungen» abgehalten. Dabei betonten die Parlamentarierinnen und Parlamentarier die Wichtigkeit von erschwinglicher, sicherer, sauberer und nachhaltiger Energie in der OSZE-Region vor dem Hintergrund des anhaltenden Kriegs in der Ukraine.

Vor dem Ausschuss sprachen Florian Raunig, Vorsitzender des Wirtschafts- und Umweltausschusses der OSZE, Igli Hasani, Koordinator für Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE, Wei Huang von der Internationalen Atomenergie-Organisation und Professor Steven Koonin von der Abteilung für Bau- und Stadtplanung an der Tandon School of Engineering der New York University. Die Redner stellten Pläne und Projekte der OSZE zur Überwindung der durch den Konflikt verursachten Wirtschafts- und Umweltkrise vor, welche die sozioökonomischen Bedingungen, die Ernährungssicherheit, die Energiesicherheit und den Umweltschutz stark beeinträchtigt haben.

Der Abgeordnete Sebastian Gassner nahm an der Sitzung des zweiten Ausschusses teil.

Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Der Berichterstatter Johan Büser (Schweden) stellte seine Ideen für seinen Bericht und den Resolutionsentwurf vor, welche an der Jahrestagung in Vancouver vorgelegt werden sollen. Anschliessend sprachen Matteo Mecacci, Direktor des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR), Teresa Ribeiro, OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, und Anne-Marie Callan, Vorsitzende des Ausschusses für die menschliche Dimension des Ständigen Rates der OSZE.

Der Ausschuss führte eine Sonderdebatte über die «Rechenschaftspflicht für Menschenrechtsverletzungen in Konfliktsituationen». Dazu sprachen Marc Perrin de Brichambaut, Richter am Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, und Veronika Bílková, Leiterin des Lehrstuhls für Völkerrecht an der Karls-Universität. Richter de Brichambaut und Professorin Bílková erörterten die rechtlichen Herausforderungen bei der Gewährleistung der Rechenschaftspflicht für Kriegsverbrechen und Gräueltaten in der Ukraine. Die Diskussionsteilnehmer waren sich einig, dass es keine Straffreiheit für Kriegsverbrechen oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit geben könne. Die OSZE-Sonderbeauftragte und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels, Valiant Richey, nahm ebenfalls an der Diskussion teil und forderte die OSZE-Teilnehmerstaaten auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels zu verstärken, insbesondere im Zusammenhang mit der ukrainischen Flüchtlingskrise.

Die Abgeordnete Norma Heidegger nahm Einsitz im dritten Ausschuss.

4. Treffen des Netzwerks der jungen Parlamentarier der Versammlung der OSZE

Am 21. und 22. Februar fand auf Initiative von David Stögmüller (Abgeordneter zum Nationalrat und Mitglied der österreichischen OSZE PV Delegation) ein Treffen des Netzwerks der jungen Parlamentarier der Versammlung der OSZE in Wien statt. Der Abgeordnete Sebastian Gassner nahm an diesem zweitägigen Anlass teil. Fokus war die Formalisierung des jungen Parlamentariernetzwerks der OSZE. Dabei wurden die Werte, Intentionen und Zukunft des Jungparlamentariernetzwerks erörtert und Statuten erarbeitet. Darüber hinaus stand ein Austausch mit einer Reihe hochrangiger österreichischer Experten, Abgeordneter und Beamter auf dem Programm.

Besuch des österreichischen Parlaments

Es fand ein Austausch mit Reinhold Lopatka, Delegationsleiter der österreichischen OSZE PV Delegation, und mit Margareta Cederfelt, Präsidentin der OSZE PV, statt. Dabei wurde auch auf die Bemühungen eingegangen, wie sich das österreichische Parlament mit der Renovation für die Bevölkerung und insbesondere für die Jugend geöffnet hat und wie es beispielsweise mit der Demokratiewerkstatt gefördert wird.

Besuch des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Es fand ein Austausch mit der Bundesministerin Leonore Gewessler zu den aktuellen Herausforderungen in den umfassenden Bereichen ihres Ministeriums, welches von vielen Spannungsverhältnissen und Interessensabwägungen geprägt ist, statt. In der aktuellen Situation galt der besondere Fokus auf der Sicherstellung der Energieversorgung und der Reduktion von Abhängigkeiten von fossilen Brennstoffen. Mit dem Förderprogramm für nachhaltige Heizsysteme sind in Österreich zum ersten Mal soziale Aspekte bei Umweltförderungen geplant. Auch der kürzliche Besuch in Liechtenstein und die Eindrücke

aus einem Heiztechnikunternehmen sind dabei in Erinnerung geblieben. In Österreich sollen bis 2035 alle Ölheizungen und bis 2040 alle Gasheizungen ausgetauscht werden.

Besuch der Kaserne Wallenstein und Training Zentrum für OSZE-Einheiten

Militärische Experten haben den Teilnehmenden interessante Einblicke in die österreichische Westbalkan-Strategie gewährt. Dabei wurde auf Massnahmen eingegangen, wie der Integrationsprozess in die Europäische Union gelingen kann und was die risikobehafteten Alternativen zu einer erfolgreichen Integration in die EU sind.

Darüber hinaus wurde das Schulungsprogramm für OSZE-Missionen in Krisengebieten vorgestellt. Die theoretische Präsentation des Programms wurde auch mit einer praktischen Vorführung dargelegt. In einem Szenario konnte beobachtet werden, wie unbewaffnete OSZE-Einsatzfahrzeuge militärische Checkpoints zu passieren haben, um das Eskalationspotenzial gering zu halten, und es wurde eindrücklich vorgeführt, wie eine solche Situation eskalieren kann und was die Folgen sein können.

Besuch der Präsidentschaftskanzlei in der Hofburg

Es fand ein Austausch mit Generalmajor Thomas Stallinger, dem Adjutanten des Bundespräsidenten und dem ehemaligen Verteidigungsminister statt. Dabei wurde auf verschiedene Aspekte der österreichischen Sicherheitspolitik eingegangen. Unter anderem wurde die Frage der Neutralität in der aktuellen Situation intensiv erörtert und auf die Bedrohung aufgrund allfälliger Spannungen innerhalb der Bevölkerung eingegangen, welche beispielsweise aus der Covid-19-Pandemie oder der steigenden Energiepreise ausgehen.

Beschluss für Statuten für das Netzwerk der jungen Parlamentarier

In Anwesenheit von 10 bis 20 jungen Parlamentariern der OSZE wurden die Statuten für das Netzwerk der jungen Parlamentarier verabschiedet. Die Altersgrenze wurde bei 40 Jahren festgelegt. Für Parlamentarier, die diese Altersgrenze übersteigen, gibt es die Möglichkeit, als Beobachter am Netzwerk teilzuhaben, sofern die Anzahl der Beobachter die Anzahl der jungen Parlamentarier nicht übersteigt. Der Vorsitz wird aus einem Präsidenten und zwei Vizepräsidenten bestehen, wobei nicht alle drei Personen demselben Geschlecht angehören sollen. Als Interimsvorsitz wurden David Stögmüller (Österreich), Lilja Rannveig Sigurgeirsdóttir (Island) und Aleksander Stokkebo (Norwegen) gewählt. Sie werden sich zum Ziel setzen, die politische Relevanz des Netzwerks auszubauen, und wollen die Auseinandersetzungen mit politisch komplexen Situationen wie beispielsweise in Armenien und Aserbaidschan, in Zypern oder in der Balkanregion fördern. Es wird als besonders wertvoll wahrgenommen, dass das Netzwerk aus Beteiligten von verschiedenen Staaten und Parteien besteht.

Diskussion über Projekte im Jahr 2023 (Freitag, 24.02.2023)

In einer weiteren Sitzung am Ende der OSZE-PV-Wintertagung in Wien wurden von Farah Karimi (Niederlande, OSCE PA Special Representative on Youth Engagement) und Manuchekhr Salokhudinov (OSCE PA Programme Officer) Projekte vorgestellt und für die Partizipation der Mitglieder des Netzwerks der jungen Parlamentarier der OSZE geworben. Bei einer Bemühung handelt es sich um die Umsetzung der UN-Resolution 2250 für «Youth, Peace and Security» in nationale Aktionspläne, wobei Finnland als Best-Practice-Beispiel dienen kann. Eine weitere Bemühung betrifft die Bearbeitung eines Supplementary Items für die zukünftige Generation betreffend Klimawandel und Sicherheit. Im Anschluss an das kurze Briefing wurden weitere Informationen zur Verfügung gestellt, woraufhin sich jeder, der interessiert ist, gerne an der Mitarbeit beteiligen kann.

Im Anschluss sind einzelne Online-treffen zu den verschiedenen Themen geplant. Nach Rücksprache mit der kanadischen Delegation wird versucht, ein Meeting in Vancouver zu planen.

Dieses Netzwerk hat sich die politische Inklusion von jungen Menschen in der OSZE-Region sowie eine verstärkte Teilnahme von jungen Parlamentariern in der Versammlung der OSZE zum Ziel gesetzt. Es stellt eine ideale Gelegenheit dar, sich mit Parlamentariern verschiedener OSZE-Teilnehmerstaaten auszutauschen.

III. Jahrestagung vom 30. Juni bis zum 4. Juli 2023 in Vancouver

Vom 30. Juni bis zum 4. Juli fand die 30. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE in Vancouver (Kanada) statt. Es trafen knapp 230 Abgeordnete aus 50 OSZE-Teilnehmerstaaten zusammen, um aktuelle Themen zu diskutieren. Liechtenstein wurde durch die Abgeordnete Norma Heidegger (Delegationsleiterin), den Abgeordneten Sebastian Gassner sowie die Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger vertreten. Die Jahrestagung fand erneut ohne die russische und die belarussische Delegation statt.

1. Eröffnungssitzung

An der Eröffnungssitzung sprachen seitens der kanadischen Gastgeber Raymonde Gagné, Sprecherin des kanadischen Senats, Chris d'Entremont, stellvertretender Sprecher des Unterhauses, und Hedy Fry, Leiterin der kanadischen Parlamentarierdelegation der OSZE und Sonderbeauftragte für Genderfragen. In einer Videobotschaft an die Versammlung begrüßte der kanadische Premierminister Justin Trudeau die Teilnehmenden und betonte, wie wichtig es sei, der Russischen Föderation die Botschaft zu übermitteln, dass Macht nicht gleich Recht sei. Er betonte, dass die OSZE-Parlamentarier in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle zu spielen hätten. Abschliessend richtete Margareta Cederfelt, Präsidentin der Versammlung, ihre Worte an die Delegierten.

Nach den Eröffnungsreden diskutierte die Versammlung den vom ukrainischen Delegationsleiter eingebrachten Entschliessungsentwurf «Die Glaubwürdigkeit der OSZE und der Parlamentarischen Versammlung der OSZE angesichts der anhaltenden russischen Aggression gegen die Ukraine». Einige Artikel der Entschliessung forderten sowohl eine Änderung der Geschäftsordnung der Versammlung, um die Russische Föderation temporär auszuschliessen, als auch die dringende und unwiderrufliche Suspendierung der Mitgliedschaft der Russischen Föderation. Besonders die unwiderrufliche Suspendierung der Mitgliedschaft sorgte für heftige Diskussionen und wurde knapp abgelehnt.

2. Der Ständige Ausschuss

Die Sitzung des Ständigen Ausschusses fand zu Beginn der Jahrestagung am 30. Juni statt. Dem Ständigen Ausschuss gehören das Präsidium der Versammlung sowie die nationalen Delegationsleitungen an. Liechtenstein wurde durch die Delegationsleiterin Norma Heidegger vertreten.

Der Schatzmeister, Peter Juel-Jensen, schlug für das Haushaltsjahr 2023/2024 ein Budget von EUR 4'195'184 (Vorjahr EUR 4'094'280) vor. Der liechtensteinische Beitrag zum Haushalt der OSZE PV beträgt EUR 5'266, was 0,125 Prozent des Gesamthaushalts der Versammlung entspricht. Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses stimmten dem

Vorschlag zu. Der Schatzmeister schlug ausserdem vor, dass jedes Mitgliedsland einen Mindestbeitrag von EUR 10'000 zum Haushalt beitragen soll.

Weiter wurde die Einrichtung eines neuen Ausschusses «Parliamentary Support Team for Ukraine» diskutiert. Das Ziel des neuen Ad-hoc-Ausschusses, der auf Vorschlag der ukrainischen Delegation in der Versammlung einstimmig angenommen wurde, ist es, dafür zu sorgen, dass der Krieg weiterhin im Mittelpunkt der Aktivitäten der Versammlung steht und dass die Bedürfnisse der Ukraine von der Versammlung umfassend berücksichtigt werden.

Der Ständige Ausschuss stimmte ausserdem zwei Änderungen der Geschäftsordnung zu, die eine ausgewogene Berücksichtigung der Geschlechter bei Ernennungen vorschreiben.

Präsidentin Margareta Cederfelt unterstrich in ihrem Bericht an den Ständigen Ausschuss, dass ihr Hauptaugenmerk auf der Beendigung des Kriegs unter Wahrung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine liege. Generalsekretär Roberto Montella hielt fest, dass die Regierungsseite der OSZE durch die Konsensregel weitgehend gelähmt sei, während die Parlamentarische Versammlung weiterhin sehr aktiv und lautstark sei.

3. Die drei Allgemeinen Ausschüsse

Die drei Ausschüsse (Ausschuss für Politische Angelegenheiten, Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten und Ausschuss für Menschenrechte) diskutierten jeweils einen im Vorfeld verfassten Bericht mit entsprechender Entschliessung.

Die Tagesordnung der Jahrestagung kann durch zusätzliche Entschliessungsentwürfe zu einer beliebigen Angelegenheit innerhalb der Zuständigkeit der OSZE ergänzt werden, welche jedoch nicht im direkten Zusammenhang mit den Themen stehen, die von den Berichterstattern der Ausschüsse vorgeschlagen werden. Diese zusätzlichen Beratungsgegenstände werden als Entschliessungsentwurf vorgelegt und müssen mit den Unterschriften von mindestens 20 Mitgliedern aus mindestens vier verschiedenen Staaten versehen sein. Gemäss Geschäftsordnung darf ein Mitglied der Versammlung nicht mehr als vier zusätzliche Beratungsgegenstände unterstützen.

Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

Der Berichterstatter Laurynas Kasciunas (Litauen) stellte seinen Bericht und die entsprechende Entschliessung zur Jahrestagung vor mit dem Titel «Stärkung der regionalen Sicherheit durch Förderung demokratischer und inklusiver Gesellschaften: Die Rolle der OSZE PV». Die Entschliessung verurteilt den anhaltenden Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine auf das Schärfste. Die Russische Föderation wird aufgefordert, einen sofortigen Waffenstillstand zu schliessen und die russischen Truppen aus dem gesamten Gebiet der Ukraine abzuziehen. Ausserdem wird die Arbeit der unabhängigen internationalen Untersuchungskommission, die mutmassliche Kriegsverbrechen in der Ukraine untersucht, im Auftrag des UN-Menschenrechtsrats und des Internationalen Strafgerichtshofs unterstützt.

Der Ausschuss diskutierte und verabschiedete die folgenden zusätzlichen Entschliessungen: Der terroristische Charakter und die Handlungen der Wagner-Gruppe; die Klärung der Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine im Hinblick auf die Einhaltung der OSZE-Prinzipien; zukünftige Generationen sowie die Republik Moldawien.

Die Abgeordnete Norma Heidegger nahm an den Sitzungen des ersten Allgemeinen Ausschusses teil. Weitere Informationen können auf der Homepage der OSZE PV unter <http://www.oscepa.org/> eingesehen werden.

Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Auf der Tagesordnung des Ausschusses für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt standen der Bericht und der Entschliessungsentwurf der Berichterstatterin Gudrun Kugler aus Österreich. Die Entschliessung deckt eine Reihe von Themen ab wie die wirtschaftliche Sicherheit und nachhaltige wirtschaftliche Erholung, den Schutz der Arktis und den Menschenhandel.

Der Zweite Ausschuss diskutierte und verabschiedete anschliessend die folgenden Entschliessungen: Stärkere Nutzung des Potenzials der Wissenschaftsdiplomatie für internationale Zusammenarbeit und aktive Friedenspolitik; ein strukturiertes Regelwerk für eine regelmässige Wirtschaftlichkeitsprüfung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE sowie die Verschmutzung durch Mikroplastik und Nanoplastik.

Der Abgeordnete Sebastian Gassner nahm an den Sitzungen des zweiten Allgemeinen Ausschusses teil. Weitere Informationen können auf der Homepage der OSZE PV unter <http://www.oscepa.org/> eingesehen werden.

Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Der Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen diskutierte den Bericht und den Entschliessungsentwurf des Berichterstatters Johan Buser (Schweden). Dieser behandelt die Linderung des Leids der vom Krieg Betroffenen, die Bekämpfung des erodierten Vertrauens in politische und demokratische Prozesse, das Eintreten für die Rechte von Minderheiten und schutzbedürftigen Gruppen sowie die Auswirkungen von Technologie und Digitalisierung auf die Menschenrechte. Weiter befasst sich der Bericht intensiv mit den Auswirkungen der künstlichen Intelligenz, die das Potenzial hat, zu ernsthaften Herausforderungen für die Demokratie sowie Menschenrechte zu werden. Die Mitglieder stimmten rund 20 Änderungsanträgen zu und nahmen die Entschliessung mit überwältigender Mehrheit an.

Anschliessend befasste sich der Ausschuss mit zusätzlichen Entschliessungen über die Verurteilung der Schändung von polnischen Gräbern in Belarus; die Abschiebung ukrainischer Kinder, die strafrechtliche Verfolgung der Täter und Sicherstellung ihrer Rückkehr; die Unterstützung für ein demokratisches Belarus; die Rolle der nationalen Parlamente bei der Stärkung der Beteiligung der Zivilgesellschaft an den parlamentarischen Prozessen und Entscheidungsfindungsprozessen; die Annahme wirksamer Mechanismen zum Schutz ukrainischer Frauen und Kinder vor Missbrauch, Ausbeutung und Menschenhandel sowie die Folgen der russischen Aggression gegen die Ukraine für Frauen und Kinder.

Die Abgeordnete Norma Heidegger vertrat Liechtenstein im dritten Allgemeinen Ausschuss. Weitere Informationen können auf der Homepage der OSZE PV unter <http://www.oscepa.org/> eingesehen werden.

4. Plenarversammlung

Auf der Tagesordnung der Plenarversammlung stand die Berichterstattung der Präsidentin der Versammlung, des Generalsekretärs, verschiedener Ad-hoc-Vorsitzenden und Sonderbeauftragten der Versammlung sowie die Präsentation über durchgeführte Wahlbeobachtungsmissionen. Die drei Kandidaten für das Amt des Präsidenten der Versammlung wurden eingeladen, ihre Worte an die Parlamentarier zu richten.

5. Treffen des Netzwerks der jungen Parlamentarier der Versammlung der OSZE

Das Netzwerk der jungen Parlamentarier diskutierte mit der Sonderbeauftragten für Jugend, Farah Karimi, über Beispiele für das Engagement in der OSZE. Ein weiteres Treffen umfasste eine Podiumsdiskussion mit kanadischen Senatorinnen zum Thema Jugend, Frieden und Sicherheit. Der Abgeordnete Sebastian Gassner nahm an den Sitzungen des Netzwerks teil.

6. Erklärung von Vancouver

Als Ergebnis der Tagung wurde die 73 Seiten umfassende «Erklärung von Vancouver» verabschiedet. Sie beinhaltet die Resolutionen der drei Ausschüsse und die 16 Entschliessungen über die zusätzlichen Beratungsgegenstände. Die Erklärung enthält Empfehlungen an die nationalen Regierungen und Parlamente sowie die internationale Gemeinschaft in den Bereichen politische Angelegenheiten, Sicherheit, Wirtschaft, Umwelt, Menschenrechte und humanitäre Fragen.

Die Erklärung befasst sich insbesondere mit den in der Ukraine begangenen Kriegsverbrechen und bringt die tiefe Besorgnis über das durch den Krieg verursachte menschliche Leid zum Ausdruck. Dabei stellt sie fest, dass einige dieser Handlungen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit betrachtet werden können und mehrere Definitionen von Völkermord erfüllen. Die Versammlung wies insbesondere auf Angriffe auf Wohngebiete hin, bei denen Tausende von Menschen, darunter auch Kinder, getötet wurden, sowie auf ihre Zwangsdeportation in die Russische Föderation. Besorgnis erregten auch die Zerstörung des Staudamms von Nowa Kachowka und die Nutzung des Kernkraftwerks Saporischschja als Schutzschild für Angriffe auf verschiedene ukrainische Siedlungen sowie die Stationierung russischer Atomwaffen in Belarus.

Weiter hält die Erklärung fest, dass der Rückzug der Russischen Föderation aus allen Gebieten der Ukraine die einzige langfristige Lösung darstellt. Die Erklärung von Vancouver unterstützt den 10-Punkte-Friedensplan des ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelensky und unterstreicht, dass friedliche Lösungen zur Beendigung des Kriegs in vollem Einklang mit dem Völkerrecht und den Grundsätzen der Schlussakte von Helsinki von 1975 stehen müssen.

Die Versammlung brachte auch ihre Unterstützung für die Arbeit multilateraler Organisationen bei der Aufarbeitung des Kriegs, der Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen und der Gewährleistung der Rechenschaftspflicht zum Ausdruck. Die Erklärung von Vancouver unterstützt insbesondere die Bemühungen des OSZE-Vorsitzes um die Beendigung des Kriegs in Nord Mazedonien und hebt die im Rahmen des Moskauer OSZE-Mechanismus erstellten Expertenberichte, den Bericht der Untersuchungskommission der Vereinten Nationen, die Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs und die Bemühungen um die Einrichtung eines internationalen Sondergerichtshofs hervor.

Ebenfalls befasst sich die Erklärung ausführlich mit den institutionellen Herausforderungen, mit denen die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa konfrontiert ist, und äussert ihre tiefe Besorgnis über die zunehmenden Versuche, die OSZE-Konsensregel zu missbrauchen, um die Arbeit der Organisation zu blockieren.

Die Erklärung von Vancouver fordert die Mitgliedstaaten auf, sich auf der höchsten politischen Ebene zur vollen Umsetzung der OSZE-Verbindlichkeiten sowie zur Stärkung der Organisation zu verpflichten. Die Erklärung von Vancouver wird den Parlamenten und

Regierungen aller 57 OSZE-Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt. Das Dokument kann über die Homepage der Versammlung der OSZE (<http://www.oscepa.org/>) abgerufen werden.

7. Bilaterale Gespräche

Neben den Ausschuss- und Plenarsitzungen bot sich der liechtensteinischen Delegation die Möglichkeit, sich auf informeller Ebene mit Parlamentariern anderer Staaten wie mit der Schweiz, Deutschland, Österreich, Luxemburg oder Litauen über aktuelle Themen auszutauschen. Auf Einladung des schweizerischen Generalkonsuls in Vancouver, Andreas Rufer, fand ein informeller Austausch mit den Mitgliedern der schweizerischen Delegation statt. Thomas Arn von der Handelskammer Schweiz-Kanada informierte dabei über die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Kanada.

8. Wahlen

Zum Schluss der Jahrestagung standen verschiedene Wahlen der Versammlung auf der Tagesordnung. Als Präsidentin wurde Pia Kauma (Finnland) für eine Amtsdauer von einem Jahr gewählt. Sie folgt auf die Schwedin Margareta Cederfelt, die das Amt zwei Jahre innehatte. Pia Kauma konnte sich im zweiten Wahlgang gegenüber Mark Pritchard (Vereinigtes Königreich) durchsetzen. Dieser erhielt im ersten Wahlgang 70 Stimmen. Pia Kauma und der dritte Kandidat Pere Joan Pons (Spanien) erhielten jeweils 65 Stimmen. Per Losentscheid wurde Pia Kauma für den zweiten Wahlgang bestimmt. Im anschliessenden zweiten Wahlgang setzte sich Pia Kauma mit 101 Stimmen gegen Mark Pritchard mit 68 Stimmen durch:

Präsidentin (neu)	Pia Kauma (Finnland)
Vizepräsidenten (neu)	Daniela De Ridder (Deutschland) Mykyta Poturaiev (Ukraine) Kyriakos Hadjiyianni (Zypern)
Schatzmeister	Johan Büser (Schweden)

Ausschuss für Politische Angelegenheiten und Sicherheit

Vorsitzender	Richard Hudson (USA)
Vizevorsitzender	Costel Neculai Dunava (Rumänien)
Berichterstatter	Laurynas Kasciunas (Litauen)

Ausschuss für Wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt

Vorsitzender	Azay Guliyev (Aserbaidshan)
Vizevorsitzender	Artur Gerasymov (Ukraine)
Berichterstatterin	Gudrun Kugler (Österreich)

Ausschuss für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen

Vorsitzende	Lucie Potůčková (Tschechische Republik)
Vizevorsitzender	Sargis Khandanyan (Armenien)
Berichterstatter	Malik Ben Achour (Belgien)

Die Amtsdauer in den drei Allgemeinen Ausschüssen beträgt ein Jahr.

IV. Herbsttagung vom 18. bis 20. November 2023 in Jerewan

Anlässlich der 21. Herbsttagung kamen in der armenischen Hauptstadt Jerewan rund 200 Parlamentarierinnen und Parlamentariern zusammen, um über das Thema «Die OSZE in Zeiten der Krise: Die Rolle der Parlamentarischen Versammlung bei der Bewältigung interner und externer Herausforderungen» zu diskutieren. Die Delegationsleiterin Norma Heidegger vertrat Liechtenstein an dieser dreitägigen Konferenz.

Auf Einladung des Schweizer Botschafters in Jerewan, Lukas Rosenwaser, fand ein Treffen mit den Mitgliedern der Schweizerischen Delegation unter der Leitung von Nationalrat Andreas Aebi statt. Werner Thut-Shimo, Stellvertretender Regional Direktor des Swiss Cooperation Office South Caucasus, informierte dabei über aktuelle Herausforderungen in der Region.

1. Eröffnungssitzung und Parlamentarische Konferenz

An der Eröffnungssitzung am 18. November sprachen der armenische Premierminister Nikol Pashinyan, der Präsident der armenischen Nationalversammlung Alen Simonyan und die neue Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE Pia Kauma. Die Redner hoben die anhaltenden Konflikte in der Ukraine und im Nahen Osten sowie die jüngsten militärischen Auseinandersetzungen im Südkaukasus als Beweis für die Notwendigkeit eines mutigeren Ansatzes für internationale Diplomatie und kooperative Sicherheit hervor.

Die Parlamentarische Konferenz der Herbsttagung wurde mit Reden von Helga Maria Schmid, OSZE-Generalsekretärin, und dem Sekretär des armenischen Sicherheitsrats Armen Grigoryan eröffnet. In ihrer Rede über die Rolle der OSZE in einem äusserst schwierigen politischen Klima sagte Schmid, dass die OSZE trotz der Herausforderungen, mit denen sie konfrontiert ist, weiterhin ihr Mandat erfüllt und eine wichtige Rolle bei der Verbesserung der Sicherheit für alle spielt.

Des Weiteren befassten sich die Abgeordneten mit der Rolle der OSZE in Zeiten von Konflikten, der Bekämpfung von Korruption als grundsätzliche Bedrohung für Frieden und Sicherheit und dem Schutz von Minderheiten und Menschen, die von Konflikten betroffen sind.

Am letzten Tag fand das Mittelmeerforum der OSZE-Parlamentarierversammlung statt bei dem der OSZE-Botschafter Vesa Häkkinen darauf hinwies, dass der Mittelmeerraum vor mehrdimensionalen Herausforderungen stehe, darunter auch der Krieg, der durch den Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober ausgelöst wurde. Die OSZE biete wertvolle Instrumente sagte er und stellte fest, dass die OSZE-Mittelmeerpartnerschaft eine hervorragende Plattform zur Bekämpfung von Sicherheitsbedrohungen sei.

2. Der Ständige Ausschuss

Im Mittelpunkt der Sitzung des Ständigen Ausschusses stand einmal mehr ein Antrag zur Abänderung der Geschäftsordnung der Versammlung. Der eingereichte Antrag des lettischen Delegationsleiters beinhaltete eine Abänderung des Prinzips der Beschlussfassung «Konsens-Minus Eins» des Ständigen Ausschusses. Nach längerer Diskussion beschloss die Präsidentin der Versammlung über den Antrag nicht direkt abstimmen zu lassen, sondern den Antrag dem Unterausschuss für die Geschäftsordnung zu

überweisen. Dieser soll für die nächste Sitzung des Ständigen Ausschusses im Februar 2024 Vorschläge ausarbeiten.

Ebenfalls wurden die Berichte der Präsidentin der Versammlung, des Schatzmeisters, des Generalsekretärs, der Sonderbeauftragten, der Ad-hoc-Ausschüsse sowie Berichte über Wahlbeobachtungsmissionen zur Kenntnis genommen.

V. Wahlbeobachtung der vorgezogenen Parlamentswahlen am 17. Dezember 2023 in Serbien

Der Abgeordnete Sebastian Gassner nahm als einer von 70 Vertretern der Parlamentarischen Versammlung der OSZE an der Wahlbeobachtungsmission in Serbien teil. An der Mission waren auch Vertreter der parlamentarischen Versammlung des Europarats und des Europaparlaments beteiligt. Insgesamt waren 361 Beobachter aus 45 Ländern, darunter auch 254 Experten sowie Lang- und Kurzzeitbeobachter vom OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (ODIHR) vertreten.

Die vorgezogenen Parlamentswahlen haben am 17. Dezember zusammen mit den Regionalwahlen in ganz Serbien stattgefunden und waren die dritten Parlamentswahlen in weniger als vier Jahren.

Diese Häufigkeit hat zusammen mit dem fehlenden politischen Willen dazu geführt, dass notwendige Reformen nicht in Angriff genommen wurden und dass das Vertrauen der Öffentlichkeit in die demokratischen Institutionen geschwächt wurde. Auch wenn die Grundfreiheiten im Wahlkampf im Allgemeinen respektiert wurden, war dieser durch eine harte Rhetorik, voreingenommene Medien, Druck auf Beschäftigte des öffentlichen Sektors und den Missbrauch öffentlicher Mittel getrübt.

Der Wahltag verlief weitgehend ruhig, war jedoch von zahlreichen Verfahrensmängeln und Auffälligkeiten gekennzeichnet. So beispielsweise eine fehlende Gewährleistung des Wahlgeheimnisses oder Vorwürfe, dass Wähler organisiert und mit Bussen abgeholt wurden. Weitere Informationen sind unter <https://www.osce.org/odihr/elections/serbia/560698> zu finden.

VI. Zusammenarbeit

Vor jeder Tagung erhielt die Delegation ein umfangreiches Dossier des Ministeriums für Äusseres mit Liechtenstein-spezifischen Unterlagen. Anlässlich der Wintertagung fand ein Meinungsaustausch mit Botschafterin Maria-Pia Kotbauer in der Ständigen Vertretung Liechtensteins bei der OSZE in Wien statt.

VII. Kostenaufwand der Delegation

Im Berichtsjahr 2023 beliefen sich die Reisekosten/Spesen der Delegation auf CHF 32'184 (Vorjahr CHF 10'009). Die Taggelder machten im Jahr 2023 CHF 17'400 (Vorjahr CHF 13'200) aus. Die Kosten für den Jahresbeitrag an die Parlamentarische Versammlung der OSZE betragen EUR 5'266.

VIII. Weitere Informationsquellen

Ausführliche Informationen, wie detaillierte Berichte zu den Tagungen sowie Videoaufzeichnungen können auf der Homepage der Parlamentarischen Versammlung der OSZE (<http://www.oscepa.org/>) heruntergeladen werden.

IX. Schlusswort und Antrag

Für Liechtenstein ist die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) eine wichtige Plattform, um sich gemäss den aussenpolitischen Prioritäten für Frieden und Sicherheit in Europa, in seinen Nachbarregionen und in der Welt insgesamt einzusetzen und um auf die eigene Souveränität aufmerksam zu machen.

Die erste OSZE-Tagung im 2023 war die Wintertagung im Februar in Wien, die mit einer bewegenden Schweigeminute begonnen wurde. In Stille für die Opfer des Krieges in der Ukraine und für die Menschen, die durch das Erdbeben in der Türkei und in Syrien ums Leben kamen. Erstmals seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine vor genau einem Jahr waren wieder eine russische und auch eine belarussische Delegation in Wien vertreten. Die Anwesenheit der russischen und belarussischen Parlamentarier sorgte für heftige Diskussionen und Kritik. Die Wintertagung war deshalb geprägt von Solidaritätsbekundungen an die Ukraine und Aufrufen an Russland, sich endlich aus der Ukraine zurückzuziehen und den Krieg zu beenden.

Eines der wichtigsten Dokumente der OSZE PV ist die «Erklärung von Vancouver», die im Juli 2023 in Vancouver erarbeitet und verabschiedet wurde. Sie enthält Empfehlungen an die nationalen Regierungen und Parlamente sowie an die internationale Gemeinschaft in den Bereichen politische Angelegenheiten, Sicherheit, Wirtschaft, Umwelt, Menschenrechte und humanitäre Fragen. Weiters hält die Erklärung fest, dass der Rückzug der Russischen Föderation aus allen Gebieten der Ukraine die einzige langfristige Lösung darstellt. Die «Erklärung von Vancouver» unterstützt den 10-Punkte-Friedensplan des ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelensky und unterstreicht, dass friedliche Lösungen zur Beendigung des Krieges in vollem Einklang mit dem Völkerrecht und den Grundsätzen der Schlussakte von Helsinki von 1975 stehen müssen.

Zudem befasst sich die Erklärung ausführlich mit den institutionellen Herausforderungen, mit denen die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa konfrontiert ist, und äussert ihre tiefe Besorgnis über die zunehmenden Versuche, die OSZE-Konsensregel zu missbrauchen, um die Arbeit der Organisation zu blockieren.

Während all dieser Tagungen wurde auch immer wieder mahnend erwähnt, dass die Herausforderungen in anderen Konfliktgebieten wie in Armenien im Gebiet Bergkarabach und die Wahlbeobachtungen der OSZE nicht vergessen werden dürfen. Zudem steht der Mittelmeerraum vor mehrdimensionalen Herausforderungen, darunter auch der Krieg, der durch den Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 ausgelöst wurde.

Abschliessend möchte ich noch die Initiative des österreichischen Delegierten David Stögmüller erwähnen, der ein Treffen der jungen Parlamentarier der Versammlung der OSZE organisierte. Fokus war die Formalisierung eines jungen Parlamentariernetzwerkes der OSZE. In Anwesenheit von 10 bis 20 jungen Parlamentariern wurden Statuten für das Netzwerk der jungen Parlamentarier verabschiedet. Sie wollen die politische Relevanz des

jungen Netzwerkes ausbauen und sich politischen Situationen und Herausforderungen annehmen. Zudem sollen weitere Themen der zukünftigen Generationen wie Klimawandel und Sicherheit thematisiert werden. Sebastian Gassner war bei der Versammlung des Jungparlamentariernetzwerks engagiert mit dabei.

Lassen Sie mich noch eine persönliche Anmerkung machen. Die Teilnahmen an den Tagungen durch die Liechtensteinische Delegation sind meiner Meinung nach eminent wichtig, denn sie sind die ideale Plattform, um auf unsere Souveränität als Kleinstaat aufmerksam zu machen, Aufmerksamkeit zu bekommen, uns mit unserer Stimme einzubringen und unsere Zusammenarbeit in der OSZE zu festigen und auszubauen.

Ich bedanke mich bei meinen Delegationskolleginnen und Kollegen, bei Martin Frick vom Amt für Auswärtige Angelegenheiten, der Botschaft in Wien und der Regierung für die Unterstützung. Ein besonderer Dank gilt unserer Delegationssekretärin Sandra Gerber-Leuenberger für ihre allzeit professionelle und wertvolle Unterstützung.

Ich bitte den Hohen Landtag den Jahresbericht 2023 der Delegation bei der Parlamentarischen Versammlung der OSZE zur Kenntnis zu nehmen.

Die Delegationsleiterin

Norma Heidegger

Triesen, im Februar 2024